

nr. 7 – nov 2015

ecke müllerstraße

[Seite 3:](#) Ein Konzept für den Max-Josef-Metzger-Platz [Seite 4:](#) Milieuschutz im Wedding
[Seite 6/7:](#) Flüchtlinge am LaGeSo in der Turmstraße [Seite 10:](#) Kampf ums Café Leo



Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 7. Dezember. Unsere letzte Rätseldecke zeigte das Bienchen auf dem Himmelbeet-Zaun. Wir danken den Teilnehmern! Gewinner ist diesmal Damian Kemnitz. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Wer waren Elise und Otto Hampel?

Veranstaltung am 10. November in der Schiller-Bibliothek

Die Stadtteilvertretung mensch.müller und die Schiller-Bibliothek laden gemeinsam am Dienstag, den 10. November, um 19 Uhr zu einer Informationsveranstaltung über Elise und Otto Hampel in den Neubau der Schiller-Bibliothek ein. Der Historiker Hans-Rainer Sandvoß, ehemals stellvertretender Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, wird über das Leben und Wirken des Ehepaars Elise und Otto Hampel berichten. Ihre Bedeutung für die Gegenwart ergündet der Sozialpädagoge und Künstler Christian Winterstein in 16 Fotografien zu ihren Postkarten und Flugblättern, die bis zum 16. Januar 2016 im oberen Galeriebereich der Schiller-Bibliothek zu sehen sein werden. Auf über 200 Flugblättern und Postkarten hatte das Weddingener Ehepaar zwischen 1940

und 1942 zum Widerstand gegen Hitler aufgerufen. Ihre mutigen Aktionen gegen den Nationalsozialismus schilderte Hans Fallada in seinem 1947 erschienenen Roman »Jeder stirbt für sich allein«. Wegen ihres Widerstands gegen das Nazi-Regime waren Elise und Otto Hampel zum Tode verurteilt und am 8. April 1943 im Gefängnis Plötzensee ermordet worden.

Die Stadtteilvertretung mensch.müller setzt sich für eine Benennung des bisher namenlosen Platzes zwischen der neuen Schillerbibliothek und dem alten Rathaus Wedding nach Elise und Otto Hampel ein. Nur wenige Querstraßen entfernt vom ehemaligen Wohnhaus des Ehepaars in der Amsterdamer Straße soll damit ein Ort der Erinnerung geschaffen werden. Die BVV Mitte hat sich dieser Forderung angeschlossen – die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) jedoch widerspricht bislang einer Adressänderung für das in der Mitte des Platzes stehende Jobcenter. Der Eintritt zur Informationsveranstaltung am 10. November 2015 um 19 Uhr in der Schiller-Bibliothek ist frei.

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 3. November und 1. Dezember, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft

Mittwoch, 4. November, 7:30 Uhr: Ort bitte beim Geschäftsstraßenmanagement erfragen

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller

An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Walther-Rathenau-Saal, Rathaus Wedding, Müllerstraße 146/147, nächste Sitzung: 5. November

Sprechstunde der Stadtteilvertretung

Montags 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz

Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/zeitung-eckemuellerstrasse

Das Titelbild

wurde in der Triftstraße aufgenommen

Die nächste Ausgabe

erscheint Mitte Dezember.

Redaktionsschluss

ist Montag, der 7. Dezember.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:

»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin

Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net

Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Beweg dich, Max!

Auswahlverfahren zur Neugestaltung des Max-Josef-Metzger-Platzes entschieden

Die Neugestaltung des Max-Josef-Metzger Platz wird nach den Grundideen des Büros »bgmr Becker Giseke Mohren Richard Landschaftsarchitekten« vorgenommen. Eine Jury aus Vertretern des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts und des Stadtplanungsamts, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sowie der Stadtteilvertretung mensch.müller hat sich am 13. Oktober für dessen Entwurf mit dem Titel »Beweg dich Max!« entschieden.

Die Landschaftsarchitekten orientieren sich dabei an den historischen Konzeptionen für den Platz. Dieser wurde 1876 vom damaligen Berliner Gartenbaudirektor Gustav Meyer als Schmuckplatz angelegt und richtete sich in erster Linie an den städtischen Flaneur. »Zu wenig für eine städtische Platzanlage von heute«, findet bgmr. Seine heutige Gestalt erhielt der Platz im Jahr 1970, dabei wurde vor allem die Nutzbarkeit der innen liegenden Parkflächen herausgestellt. Das vernachlässigte jedoch die Außenbeziehungen, meinen die Autoren des Siegerentwurfs. Dieser soll nun die Stärken beider Konzeptionen miteinander verbinden.

»Aktive Ränder, Freizeit-Sportband und grüne Mitte«

Die Ränder der dreieckigen Grünanlage sind vor allem durch ihren Baumbestand geprägt, mit dem die Landschaftsarchitekten behutsam umgehen: nur sechs Bäume sollen gefällt werden. Entfernt werden sollen jedoch zahlreiche hochwachsende Gehölze, die dem Park derzeit einen »weggegrüneten« Charakter geben und zudem die Sichtbeziehungen zu den angrenzenden Straßenräumen stören und damit unübersichtliche Angsträume schaffen. »Aktive Ränder« sollen den Platz von außen her säumen, vor allem von seinen Ecken aus: Der Spielplatz kann unter Wiederverwendung historischer Materialien aufgewertet werden, auf der Ecke Müller- und Gerichtstraße könnte ein »markantes bekletterbares Objekt« vor allem Kinder und Jugendliche ansprechen und am Jobcenter ein »Rastplatz« auf dem



So könnte der Max-Josef-Metzger-Platz nach seiner Erneuerung vom Dach der Leo-Lionni-Grundschule aus erscheinen: eine Ideenskizze des Büros »bgmr Landschaftsarchitekten«.

Weg zu U- und S-Bahn entstehen. Vorgeschlagen wird hier auch eine Trinkwasserstelle.

Ein »Freizeit-Sportband« umrundet die innen liegende Wiese und den Spielplatz. »Hier ist der Ort, an dem Kinder mitten in der Stadt ungefährdet Fahrrad-, Inliner- oder Skateboard fahren lernen können. Eine beiläufig auf dem feinen Asphalt markierte 400m-Linie kennzeichnet meteregenau die neue Kiezlaufstrecke.« Das dürfte die angrenzenden Grundschulen freuen, die den Park gern intensiver nutzen würden. Dieses Sportband sollen auch Spiel- und Sportgeräte, Bänke oder informative Hinweistafeln säumen, die Landschaftsarchitekten setzen dabei auf weitere Bürgerbeteiligung und sehen sich ausdrücklich offen für neue Nutzungsideen aus dem Stadtteil.

Die beiden Denkmale bleiben in dem Entwurf enthalten. Der schrägliegende Gedenkstein für Max Josef Metzger wird in den neuen Platzrahmen integriert, die »Trümmersäule« wird aus dem Haupt-Wege-system herausgelöst und freigestellt. Die offene und zentrale Wiesenfläche in der Mitte bleibt so, wie sie ist.

Baubeginn Herbst 2016 anvisiert

»bgmr Landschaftsarchitekten« sind ein profiliertes Büro mit 14 Mitarbeitern und Standorten in Berlin und Leipzig. Im vergangenen Jahr wählten die Nutzer der Architektur-Plattform german-architects.com den von bgmr entworfenen »Stadthafen Senftenberg« zum »Bau des Jahres 2014«, im Jahr zuvor wurde dasselbe Projekt an der inzwischen mit Wasser gefüllten ehemaligen Braunkohlegrube mit einem Sonderpreis des Brandenburgischen Baukulturpreises ausgezeichnet.

Bis zum Januar sollen die Landschaftsarchitekten ihre Idee zu einem »Vorentwurf« ausarbeiten, der öffentlich vorgestellt und in einem kleinen Workshop noch einmal ausführlich diskutiert wird. Auf jeden Fall wird auch noch ein Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt: Es hat sich nicht nur im Bezirk Mitte als sehr effektiv herausgestellt, wenn die künftigen Nutzer der Spielgeräte möglichst zeitnah zur Umsetzung zu ihren Interessen und Vorlieben befragt werden.

Im kommenden Frühjahr soll auch noch eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfinden, anschließend müssen die genauen Bauplanungsunterlagen erarbeitet und die anfallenden Bauarbeiten ausgeschrieben werden. Es ist geplant, mit den Baumaßnahmen im Herbst 2016 zu beginnen. Sie werden aus Mitteln des Bund-Länder-Förderprogramms Aktive Zentren finanziert. cs

Milieuschutz in Wedding

Auch eine offene Mieterberatung soll eingerichtet werden

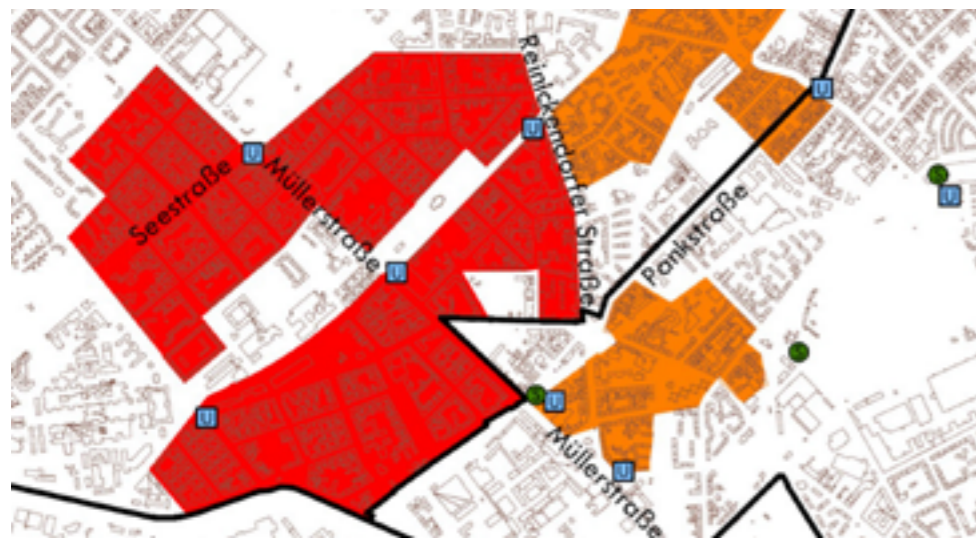
Im September wurden zahlreiche Wedding- und Moabit-er Mieter über ihre Wohnsituation befragt. Schriftlich oder mündlich sollten sie unter anderem Auskunft über ihre Miete und ihr Haushaltseinkommen geben. Der Bezirk Mitte benötigt diese Informationen, um rechtssicher sogenannte »Soziale Erhaltungsverordnungen« für die betroffenen Gebiete beschließen zu können.

Umgangssprachlich nennt man sie »Milieuschutzgebiete«, es gibt davon etliche in Berlin, vor allem in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg, neuerdings aber auch in Tempelhof-Schöneberg. In Mitte existiert nur noch das kleine Gebiet »Oranienburger Vorstadt« südlich des Nordbahnhofs. Auch hier wurde eine Umfrage durchgeführt, um zu prüfen, ob es fortbestehen kann.

In Milieuschutzgebieten sind für Abrisse oder bauliche Änderungen von Häusern besondere Genehmigungen des Bezirks erforderlich. In jeweiligen »Soziale Erhaltungsverordnungen« werden die Regeln festgelegt. So können zum Beispiel Luxusmodernisierungen versagt, aber auch die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Vor allem letzteres ist ein deutlicher Eingriff in die Eigentumsrechte, denn somit werden de facto bestimmte Erwerber von Grundstücken aus dem Gebiet ausgeschlossen: Unternehmen

nämlich, die darauf spezialisiert sind, Miethäuser aus spekulativen Gründen aufzukaufen, umzuwandeln und in vergleichsweise kurzer Zeit mit hohem Gewinn die Eigentumswohnungen zu verkaufen. Die Mieter bleiben dabei oft auf der Strecke, denn unvermietete Eigentumswohnungen erzielen in der Regel deutlich höhere Preise. Ohne die Nachfrage dieser speziellen Unternehmen lassen sich Grundstücke in den Gebieten also nicht mehr zu Höchstpreisen verkaufen. Es geht also durchaus um viel Geld, deshalb werden sicher auch Klagen beim Verwaltungsgericht eingereicht werden. Der Bezirk muss den Erlass von »Soziale Erhaltungsverordnungen« also sehr sorgfältig begründen.

Dazu waren die Umfragen notwendig: Nur wenn sie auch belegen, dass in den Gebieten tatsächlich ein starker Verdrängungsdruck herrscht, lässt sich ein Milieuschutzgebiet auch rechtssicher begründen. Die erhobenen Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und anonymisiert: ein strenger Datenschutz ist gewährleistet. Die beauftragten Büros werten sie jetzt aus, bis Ende des Jahres sollen die Ergebnisse vorliegen. Dabei kann sich auch herausstellen, dass Teile der untersuchten Gebiete nicht in die neuen Milieuschutzgebiete eingegliedert werden können. Im kommenden Jahr sollen die Gebiete dann rechtlich festgesetzt werden. Dann werden auch »offene Mieterberatungen« eingerichtet, in denen Rechtsanwältinnen bei mietrechtlichen Fragen beraten. An der Untersuchung im Wedding ist auch das Institut für Stadt- und Regionalwissenschaften der Humboldt-Universität beteiligt, dort ist der Stadtsoziologe Andrej Holm damit befasst. cs



Untersuchungsgebiet Wedding Zentrum (in roter Farbe)

Die orangefarbenen Gebiete sind nur »Verdachtsgebiete« und wurden nicht untersucht.

Klimaneutrales Berlin?

3. Stadtforum am 5. November im Berliner Verlag

Berlin will bis 2050 klimaneutral sein. Mit der Erarbeitung des »Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms« stellt sich die Hauptstadt dieser Herausforderung. Ziel des 3. Stadtforums am 5. November ist es, auszuloten, wie groß die Veränderungsbereitschaft der Stadtgesellschaft ist und was getan werden muss, damit Berlin zu einer klimaneutralen Stadt wird.

Der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, wird ein Impulsreferat halten, ebenso der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Uwe Schneidewind (Wuppertal Institut für Klima; Umwelt, Energie) und der Politikwissenschaftler und Wirtschaftsingenieur Bernd Hirschl (Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin). Weitere Wissenschaftler, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Staatssekretär Christian Gäbler werden dann im Podium diskutieren. Für die Kultur spricht der Musiker Pierre Baigorry – besser bekannt unter seinem Pseudonym Peter Fox. Das Stadtforum findet in Kooperation mit der Berliner Zeitung diesmal ausnahmsweise im Tagungssaal des Berliner Verlages, Karl-Liebknecht-Straße 29 statt. Es beginnt um 18 Uhr, der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. cs

Adventskalender 2015

In diesem Jahr soll wieder ein Adventskalender mit mindestens 24 Aktionen im Gebiet Müllerstraße gedruckt werden. Wer sich beteiligen möchte, melde sich bitte bis zum 15. November 2015 bei: info@muellerstrasse-wedding.de. Weitere Information erteilt das Geschäftsstraßenmanagement (Seite 12).

Richtigstellung

Im Beitrag »Wie weiter mit dem Sprengelhaus« in der letzten Ecke Müllerstraße (6/2015) ist uns ein sachlicher Fehler unterlaufen. Hier heißt es »Der Senat will nämlich immer nur ein Stadtteilzentrum in den 60 Berliner Prognoseraumen fördern, und im »Prognoseraum Wedding« gibt es ja schon das Paul Gerhardt Stift.«

Richtig ist: Die Senatsverwaltung möchte zukünftig in jedem Berliner Altbezirk ein landesgefördertes Stadtteilzentrum. Das Paul Gerhardt-Stift erhält derzeit keine Förderung durch das Programm IFP Stadtteilzentren des Landes Berlin.

Kommentar

Ein Lob dem Subbotnik

Es gibt aussterbende Wörter. Es gibt auch Listen von aussterbenden Wörtern. Der Rowohlt-Verlag hat vor einigen Jahren sogar ein ganzes »Lexikon der bedrohten Wörter« herausgebracht. Darunter finden sich solche, über die technologische Entwicklung hinweggerollt ist, etwa »Bandsalat« – der Begriff beschreibt das tragische Ende vieler heiß geliebter Musikkassetten (eine ebenfalls aussterbende Spezies) in den 70er und 80er Jahren. Andere passen einfach nicht mehr in die Zeit, zum Beispiel »Fräulein«. So redete man früher unverheiratete Frauen gleich welchen Alters an, selbst amtliche Formulare unterschieden drei Formen der Anrede: Herr / Frau / Fräulein. Wieder andere fielen der sprachlichen Globalisierung zum Opfer: Ins »Kittchen« kam früher, wer böse Sachen machte – nein nicht in die Küche, sondern in den Knast!

An dieser Stelle sei ein Wort gepriesen, über das die Wiedervereinigung hinweg gefegt ist. Es geht hier nicht um »Westpaket«, »Grilletta« oder »Broiler«, was folgt, ist kei-

ne billige Ostalgie. Es geht um ein Wort, das seine Bedeutung in der Jetztzeit wieder erlangt. Es heißt »Subbotnik« und hat, wie unschwer zu erkennen ist, russische Wurzeln. »Subbota« heißt Samstag, Genosse Wladimir Iljitsch Lenin hatte kommunistische Arbeiter, die samstags freiwillige Sonderschichten fuhren, »Subbotniks« genannt. In der DDR bezeichnete der Begriff anfangs Ähnliches: Sondereinsätze für den Wiederaufbau oder die Steigerung der »sozialistischen Produktion«. Der Begriff wanderte dann ins Alltagsleben. In den 80er Jahren verstanden die meisten DDR-Bürger darunter die gemeinsamen Aufräum- und Putzaktionen, die die Mieter eines Wohnhauses alle paar Monate durchführten. Das waren nicht immer beliebte Termine. »Ich fand es eher nervig, samstags mittags von der Schule nach Hause zu kommen und dann noch bei einem Subbotnik mitmachen zu müssen,« erzählt eine im Osten aufgewachsene heutige Mitt-Vierzigerin, »aber im Nachhinein gab es dann doch ein Gefühl von Hausgemeinschaft. Man lernte so seine Nachbarn besser kennen.« Es steckte ein milder Zwang hinter den Subbotnik – aber keiner, der von staatlichen Stellen oder gar der Stasi ausgegangen wäre. Wer sich aber allzu häufig dem Subbotnik entzog, der musste einfach damit rechnen, dass über ihn nicht immer so freundlich geredet wurde. Die meisten Ostler haben dennoch eher positive Erinnerungen daran. Wenn man sie fragt, was besser war in der DDR, dann nen-

nen viele, darunter auch die ganz und gar nicht ostalgieischen: »unsere Hausgemeinschaft«. Auch heute ist ja wieder viel von Freiwilligenarbeit die Rede. In Zeiten von Facebook scheint sich diese auch weit außerhalb der Dächer von Hilfsorganisationen geradezu spontan zu organisieren. In Spandau zum Beispiel konnte man beobachten, wie sich um die von heute auf morgen neu eingerichtete Flüchtlingsunterkunft in der Knobelsdorf-Kaserne praktisch sofort ein Netzwerk von rund 1600 Freiwilligen bildete, strukturierte und effektiv mit der Arbeit begann, bis hin zum Deutschunterricht. Und es geht derzeit überall vergleichbar zu, wo Flüchtlingsunterkünfte eröffnet werden. Aber auch außerhalb der »Flüchtlingskrise« spielt sich ähnliches ab. Am »Aktionstag für ein sauberes Berlin«, den der Tagesspiegel, der Paritätische Wohlfahrtsverein und die Initiative wirBerlin Mitte September zum fünften Mal organisierten, veranstalteten über 230 Gruppen mit zusammen mehr als 10.000 Mitwirkenden Aufräumaktionen im öffentlichen Raum – ein neuer Rekord, und zwar ein eindeutiger!

Die Organisatoren nannten das etwas umständlich »bürgerschaftlichen Einsatz zum Wohle unserer Stadt« – »Berlin-Subbotnik«, das haben sie sich dann noch nicht getraut. Es wäre aber sinnvoll, dem Kind einen Namen zu geben: schon allein wegen der angenehmen Erinnerungen, die sich im Nachhinein einstellen! cs

Bildecke



Ch. Eckert

Wir bitten um Entschuldigung. Die Redaktion

LaGe? So:

Einerseits ändert sich die Lage von Tag zu Tag. Andererseits ändert sich erschreckend wenig.



Geändert hat sich vor allem das Wetter. Jetzt, Ende Oktober, erreichen die Temperaturen nachts Frostgrade, tags liegen sie manchmal nur ein paar Grad mehr über dem Nullpunkt. Seit August, als immer mehr Flüchtlinge in Berlin ankamen, sind die Temperaturen um 30 Grad gesunken. Täglich kamen seitdem bis zu 500 Flüchtlinge vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in der Turmstraße an, das für die Erstaufnahme und Registrierung der Flüchtlinge im Land Berlin zuständig ist. Berlinweit kommen schätzungsweise 1000 Menschen – täglich.

An den chaotischen Zuständen vor dem LaGeSo in Moabit hat sich seit dem heißen Sommer wenig geändert – außer dass immer mehr Menschen Hilfe suchen, erschöpft auf und vor dem Gelände kampieren. Sie versuchen, sich notdürftig mit Kapuzenpullovern, Mützen und Jacken gegen Nässe und Kälte zu schützen. Manche haben kleine Iglu-Zelte aufgestellt, wie man sie ansonsten in deutschen Vorgärten als Spielort für Kinder sieht – hier suchen Familien damit Schutz gegen die Witterung, wenigstens für die Kinder. Doch wenn es regnet, wird der aufgewühlte Boden zu Schlamm mit riesigen Pfützen.

Ohne Ehrenamtliche wäre es eskaliert

Ansonsten gilt: Warten, warten, warten. Manche der ca. 1000 Menschen, auf dem Areal, so berichten ehrenamtliche Helfer, warten hier schon seit acht Wochen. Hunderte stauen sich vor nur einer Anzeigetafel mitten im Freien, wo die Wartenummern angezeigt werden. Hunderte, vor allem jüngere Männer, stehen zwischen Absperrgittern Schlange, um eine Erstregistrierung für sich und ihre Familien zu erhalten. Erst damit kann das Asylverfahren beginnen, gibt es womöglich eine Chance, Angehörige aus den Kriegs- und Krisengebieten nachzuholen, aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Eritrea. Die Situation in der Turmstraße war zumindest bis jetzt noch immer katastrophal. Und wären nicht Hunderte ehrenamtliche Helfer eingesprungen, wären nicht Johanniter, Caritas und das THW und Netzwerke wie z.B. »Moabit hilft« vor Ort gewesen, hätten geholfen – mit stundenlangen Einsätzen sieben Tage die Woche, mit der Organisation nächtlicher Unterbringungsmöglichkeiten, mit Kleider- und vielen anderen Spenden, der Verteilung von Mahlzeiten und Trinkwasser, mit ärztlicher Erstversorgung, die Ärzte neben ihrem eigentlichen Job hier ehrenamtlich leisteten, mit Ansprache und dem Versuch, das Chaos etwas zu ordnen – dann wäre die Lage längst eskaliert.

Obwohl das LaGeSo und der zuständige Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja (CDU) Abhilfe versprochen, hat sich seit August nicht viel getan, die Bürokratie scheint in Berlin offenbar – anders als in München – die größte Hürde zu sein. Offenbar werden hier auch das Versagen des Senators, die komplette Überforderung der ihm unterstellten Behörde und das Unvermögen der Bürokratie, flexibel auf besondere Umstände zu reagieren.

Unvermögen der Bürokratie

- Noch bis Mitte Oktober waren zwei Großraumzelte auf dem LaGeSo-Areal an der Turmstraße wochenlang abgesperrt, wegen »fehlender Rettungswege«. Nun erst sind wurden sie freigegeben – eines davon für die Antragsbearbeitung), das andere als Wartehalle.
- Pro Tag schaffen die Moabiter LaGeSo-Beamten gerade mal 250 Bearbeitungen, der Stau wird von Tag zu Tag größer. Weil die Flüchtlinge Angst haben, morgens keine Platz vorn in der Warteschlange zu bekommen, nächtigen sie teils direkt an der Turmstraße, teils auch im Kleinen Tiergarten – auch bei strömenden Regen und der Herbstkälte. Die Zahl sogenannter »Altfälle«, also noch nicht bearbeiteter Anträge beläuft sich inzwischen auf 5300.
- Korruptionsvorwürfe wurden laut, vor allem gegen Mitarbeiter jener privaten Security-Firma, die als Subsub-Unternehmen für das LaGeSo tätig ist. Manche sollen sich dafür bezahlen lassen, gegen Geld den zahlenden Flüchtlingen einen vorderen Platz einzuräumen. Ein Dolmetscher wurde deshalb bereits gefeuert.
- Wegen der schleppenden Bearbeitung stauten sich bereits täglich morgens ab vier Uhr die Wartenden vor dem Areal. Es gab Verletzte, die beim Ansturm auf das LaGeSo-Gelände niedergetrampelt wurden, zwei Menschen mussten bereits von Notärzten reanimiert werden. Es gibt hochschwängere Frauen, Frauen mit Neugeborenen und schwerst Versehrte, die von Amtsseite keine Behandlung bekommen – nur dem aufopferungsvollen Einsatz von Ärzten, die hier seit Wochen rund um die Uhr ehrenamtlich tätig sind, ist es zu verdanken, dass die Menschen wenigstens notdürftig ärztlich versorgt werden. Es gibt traumatisierte Minderjährige, die ohne Eltern hier sichtlich gezeichnet ankommen und kaum aufgefangen werden – außer von ehrenamtlichen Helfern.
- Das immer noch chaotische Geschehen vorm LaGeSo führt zunehmend nur zu wachsenden Aggressionen und Auseinandersetzungen, weshalb die Polizei immer öfter anrücken und deeskalieren muss. Die private Security ist meist wenig hilfreich.

- Doch als Mitarbeiter des LaGeSo in Gleitschicht für längere Öffnungs- und Bearbeitungszeiten sorgen sollten (etliche waren auch bereit dazu), zog prompt der Personalrat vor Gericht, der sich übergangen fühlte – mit Erfolg: Bearbeitet werden dürfe weiterhin nur zwischen montags bis freitags 9 und 17 Uhr, entschied das Gericht. Davor, danach und an den Wochenenden sind die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Und außerhalb der Turmstraße gibt es in der Nähe nur ein öffentliches Klo für 50 Cent. Auf dem LaGeSo-Gelände mangelt es an Toiletten.
- Der zuständige Sozialsenator Mario Czaja versprach zwar vor Wochen, dass es auch dezentral Registrierungsmöglichkeiten durch LaGeSo-Mitarbeiter geben sollte, beispielsweise in der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau, wo 1700 Flüchtlinge untergebracht sind. Dort herrschen – im Gegensatz zur Turmstraße – noch eher geordnete Zustände, der beauftragte Betreiber Prisd kümmert sich und kooperiert auch mit den zahlreichen freiwilligen Helfern. Doch die angekündigte dezentrale Registrierung in Spandau wurde vom LaGeSo schnell wieder eingestellt, aus unbekanntem Gründen. Mit der Folge, dass die wartenden Flüchtlinge nun wieder täglich von Spandau nach Moabit pilgern mussten.
- Die Unterbringung in zwei Hangars in Tempelhof und im ICC, die für Dezember geplant war, verzögert sich – es gibt Bedenken wegen undichter Dächer und des mangelnden Brandschutzes. Der Senator prüfe und prüfe nur, hieß es inzwischen aus verärgert aus dem Senat.

Flüchtlinge pilgern quer durch die Stadt

Auch die neue Aufnahmestelle in der Bundesallee, die Mitte Oktober in einem ehemaligen Bankgebäude eingerichtet wurde, wird an der Situation wenig ändern. Denn immer noch müssen sich die neu Ankommenden zuerst in der Moabiter Turmstraße registrieren lassen, dort bekommen sie in der einen beheizten Halle nun Armbändchen in gelb, blau oder grau mit ihren persönlichen Daten. Damit warten sie im zweiten beheizten Zelt auf Busse, die sie dann quer durch Berlin in die Bundesallee zu weiteren Bearbeitungsterminen fahren oder in Notunterkünfte. Unterkunft- oder Campmöglichkeiten gibt es in der Bundesallee nicht.

Derweil warten die, die schon seit Wochen vorm Moabiter LaGeSo warten, die sogenannten »Altfälle« weiter. Erschwerend kommt hinzu, dass es offenbar an geeigneten Betreibern und sozialen Trägern mangelt, die größere Unterkünfte betreuen könnten. In der Vergangenheit hatte der Verdacht, LaGeSo-Chef Franz Allert habe bei Beauftragungen einen Patensohn bevorteilt, für öffentliche Unruhe gesorgt. Teils werden Gutscheine für Hostels verteilt, die jedoch mehrheitlich diese Gutscheine nicht mehr akzeptieren wollen, weil die Bezahlung durch das Land Berlin nicht zuverlässig sei. Zum anderen zeichnet sich aber auch ab, dass es dort teils eine unverschämte Geschäftemacherei seitens Hostels und Hotels gab und noch gibt.

Helfer am Rande der Belastbarkeit

Angesichts der anhaltend katastrophalen Zustände schlug Mitte Oktober das Bündnis »Moabit hilft« laut Alarm und wandten sich mit einer Pressekonferenz und einer Demo an die Öffentlichkeit. Es schilderte konkrete Fälle und die derzeitige Lage auf dem Moabiter Areal, es berichtete auch, dass inzwischen eine große professioneller Caterer-Firma einen ehrenamtlichen Verein beim Veterinäramt angezeigt und ausgebootet habe, der seit Wochen bis zu 1500 warme Abendessen auf dem Areal ausgab.

Wir brauchen Unterstützung jetzt!, sagt die Bürgerinitiative. Senat und Landesamt hätten es weder geschafft, die bisherigen Versprechungen einzuhalten, um die Moabiter Situation zu entlasten, noch, die ehrenamtlichen Helfer in irgendeiner Weise zu unterstützen, diese würden bestenfalls geduldet.

Die ehrenamtlichen Helfer, so die Bürgerinitiative, »organisieren, kochen, sortieren, behandeln, pflegen, bespaßen, informieren, betreuen, begleiten, trösten, transportieren, aktivieren nach wie vor am LaGeSo. Und das oft 15 Stunden am Stück, Tag und Nacht, sieben Tage die Woche. (...)

Die verzweifelten, wartenden Menschen werden Tag für Tag immer verzweifelter und der Winter steht vor der Tür. Nachweislich warten die Menschen vom Zeitpunkt des Anstellens für eine Nummer zur Registrierung bis zur Ausgabe der ersten Unterlagen bis zu 57 Tagen. (...) Familien mit Babys liegen auf kaltem Beton, Menschen ohne Unterkunft irren durch die Stadt, schlafen jede Nacht woanders oder unregistriert in Zelten, in Parks oder bei Bekannten in überfüllten Wohnungen.«

»Moabit hilft« veröffentlicht regelmäßig eine aktualisierte Bedarfsliste für Spenden. Doch »Weder LaGeSo noch Senat stellen irgendwelche Güter zur Verfügung, nicht eine Decke, nicht ein Regenponcho, nicht eine Windel.«

Die erschöpften ehrenamtlichen Helfer machten deutlich, das vor allem die Flüchtlinge, aber auch die Helfer selbst inzwischen an den Rand der Belastbarkeit geraten und zornig sind, weil sie so wenig von der Politik unterstützt werden. Viele von ihnen haben ja auch Familie, Berufe, studieren, sind noch Schüler.

Und viele von ihnen haben inzwischen das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung einfach auf das enorme ehrenamtliche Engagement verlassen, statt sich selbst schnell und flexibel um die akute Situation zu kümmern. Es scheint einfach keinen Plan zu geben. Im Gegensatz zu ihnen haben es Bürger verblüffend schnell geschafft, ungeheuer effektive Netzwerke z.B. über soziale Medien zu organisieren. Doch wenn sie nicht bald Unterstützung und Kooperation von staatlicher und kommunaler Seite erfahren, könnte die Stimmung schnell kippen. Dann könnte die überwältigende Hilfs-, Spenden- und Aufnahmebereitschaft vieler Berliner Bürger, die DIE ZEIT im August mit der schönen Überschrift »Ein zivilgesellschaftlicher Gänsehautmoment« lobte, bald an ihre Grenzen geraten. us

Kontakt zu »Moabit hilft« unter Moabit.hilft@gmail.com, www.moabit-hilft.com
Weitere Links zu Helferinitiativen unter: www.fluechtlingsrat-berlin.de



An den Schulen wird es eng

Wenn man Sabine Smentek, der Schulstadträtin von Mitte (SPD), zwei Fragen stellt, lacht sie erstmal: Denn es sind jene Fragen, die ihr immer wieder gestellt werden. Wie geht es weiter in Mittes Schulen angesichts wachsender Kinderzahlen? Und welche Kapazitäten kann man aktivieren?

Vor den Sommerferien gab es einige Aufregung unter Eltern, weil es hieß, dass in Mitte noch ca. 500 Erstklässler nicht wüssten, welche Grundschule sie künftig besuchen würden. »Die Situation hat sich dann aber doch erheblich entspannt«, sagt Smentek. »Letztlich konnten alle Erstklässler in Mitte innerhalb ihres Sprengels eingeschult werden.« Sprengel sind die Einzugsgebiete für Grundschüler in ihrem Kiez. Insgesamt gab es nur 50 Erstklässler mehr als im letzten Jahr.

»Alles relativierte sich dann doch etwas – auch, weil manche Familien wegziehen oder einige Schulkinder dann doch in Privatschulen angemeldet werden«, so die Stadträtin. Und weil die Schulverwaltung auf den zunehmenden Bedarf mit der Ausweitung der Kapazitäten reagierte: An vier Grundschulen wurden für dieses Schuljahr zusätzliche Klassen für die erste Klassenstufe eingerichtet – jeweils eine an der Möwensee- und der Erika-Mann-GS (beide Wedding) sowie der Koppenplatz-Schule und zwei an der Papageno-Grundschule (beide Mitte-alt). An letzterer gibt es schon länger erhebliche Raumnot, weshalb hier eine bauliche Erweiterung geplant ist; als Übergangslösung werden noch in diesem Jahr auf dem Areal Schulcontainer aufgebaut.

Nachdem in den letzten zwanzig Jahren etliche Schulstandorte in Mitte geschlossen oder fusioniert wurden, weil die Schülerzahlen rückläufig waren, hat sich die Situation längst gedreht. Sicher ist: In den Grundschulen in Mitte wird es in den nächsten Jahren noch enger werden. Die Kinderzahlen in der Berliner Innenstadt steigen weiter deutlich – wegen steigender Geburtenraten in der Innenstadt, anhaltenden Zuzugs von Familien nach Berlin und wegen der zunehmenden Zahl von Flüchtlingskindern, die ebenfalls Schul- und Betreuungspätze brauchen.

Ein weiteres Problem: Etliche Berliner Schulen, auch in Mitte, kamen bislang kaum zur Ruhe – einerseits wegen veralteter Bedarfsprognosen, die den realen neuen Zahlen nicht entsprachen, andererseits wegen ständig neuer Schulreformexperimente des Senats.

Sabine Smentek kam erst Anfang 2014 ins Amt. Auf die neue demografische Lage hat sie bereits in diesem Sommer reagiert: Die Moabiter Carl-Bolle-Grundschule, die eigentlich langsam auslaufen sollte,

bleibt als Ganztagschule erhalten. An der Moabiter Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule werden im nächsten Schuljahr erstmals zwei erste Klassen der Grundstufe eingerichtet.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen bereitet Sabine Smentek mit der Schulverwaltung derzeit eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung für den Bezirk Mitte vor, die bereits bis zum Jahresende vorliegen soll. Die Vorbereitungen für das nächste Schuljahr laufen schon jetzt. »Den alten Schulentwicklungsplan können wir angesichts der neuen Entwicklungen in die Tonne treten«, sagt Smentek. Der Bedarf an Schulplätzen wächst immens.

Im Bezirksamt Mitte gibt es inzwischen eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, die auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt anhand einer Datenbank für geplante Wohnungsbauprojekte die künftigen Bedarfe ermittelt. Detailliert werden dabei alle Bauvorhaben im Bezirk mit Blick auf künftiges Familienwohnen analysiert und die Entwicklungsprognosen aktualisiert. So ergeben sich beispielsweise für die Nördliche Luisenstadt, aber auch für Wedding, Moabit und Mitte-alt zusätzliche Bedarfe. Hingegen sind in Tiergarten-Süd noch Kapazitäten frei.

Die Schulstadträtin, gleichermaßen unternehmerisch erfahren als auch mit Bauvorhaben vertraut, geht das Thema sehr praktisch an. Zunächst müssten die vorhandenen baulichen Kapazitäten voll genutzt werden: an den insgesamt 53 Schulstandorten in Mitte gebe es durchaus noch Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeiten. Eventuell müsse man an einigen Standorten Fremdnutzungen einschränken oder Dachgeschosse ausbauen, eventuell auch Gebäude vom landeseigenen Immobilienmanagement (BIM) zurückholen.

In der Aktualisierung der Schulnetzplanung ist jetzt beispielsweise vorgesehen, dass das seit Jahren brachliegende Schulareal in der Adalbertstraße (Nördliche Luisenstadt) zügig wieder als Schulstandort reaktiviert wird, denn in dem Sanierungsgebiet entstehen derzeit zahlreiche neue Wohnungen. Doch das Schulgebäude ist erheblich sanierungsbedürftig. Für Umbau und Erneuerung können hier immerhin Mittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« eingesetzt werden. Auch andere Schulen im Bezirk sind sanierungsbedürftig – »doch dafür muss man auch Bauleiter finden«, sagt Smentek. Und das ist im bezirklichen Hochbauamt angesichts des chronischen Personalmangels nicht so einfach.

Eine große Herausforderung ist die Einrichtung von »Willkommensklassen« für schulpflichtige Flüchtlingskinder, für die es besonders wichtig ist, in den Schulalltag integriert zu werden, Sprachförderung zu bekommen. Die Stadträtin: »Wir haben inzwischen doppelt soviel Willkommensklassen als noch vor anderthalb Jahren prognostiziert.« Diese Klassen sind mit 10 bis 12 Schülern kleiner als Regelklassen und haben deshalb auch geringeren Raumbedarf, dennoch, so Smentek, »sind angesichts der derzeitigen Situation die vorhandenen Kapazitäten für ca. 60 Willkommensklassen vor allem in unseren Grundschulen schnell ausgeschöpft und werden wohl nicht ausreichen. Im Oberstufenbereich sind dagegen noch mehr Plätze frei. Willkommensklassen werden inzwischen laufend, fast im Monatsrhythmus eingerichtet.«

Für das notwendige pädagogische Personal ist allerdings der Senat, nicht der Bezirk zuständig. Die Schulaufsicht des Bezirks Mitte dürfte immerhin zwei zusätzliche Lehrer einstellen. Mussten noch vor einigen Jahren junge Lehramtsabsolventen scharenweise ihr berufliches Glück in anderen Bundesländern suchen, ist nun der Bedarf in Berlin immens, zumal etliche der angestellten oder verbeamteten Berliner Lehrer bald in Rente gehen werden. Smentek hat auf die Personalpolitik keinen Einfluss, aber sie kennt den Bedarf: »Die Senatsverwaltung stellt inzwischen auch Quereinsteiger ein.« us



Ch. Eckelt

»Wir stärken das Selbstbewusstsein«

Ein Besuch im Mädchentreff »TOWANDA«

Derzeit wird viel diskutiert über Integration von Flüchtlingen, über die unterschiedlichen Rollenbilder von Männern und Frauen »bei uns« und »bei denen«, über die »deutsche Leitkultur« und so weiter. Dabei steckt man schnell fest in ausgeleiterten Argumentationsschemen. Deshalb tut es gut, mal an der Basis nachzufragen – dort, wo Tag für Tag in diesem Bereich gearbeitet wird.

Zum Beispiel beim Mädchentreff TOWANDA in der Edinburger Straße 55. Den betreibt die casablanca gGmbH, ein in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sehr erfahrener Träger, der vor allem auch im Soldiner Kiez seit Jahrzehnten aktiv ist. Zwei pädagogische Fachkräfte arbeiten dort jeweils auf Zwei-Drittel-Stellen. Sie kümmern sich um Mädchen ab etwa 13 Jahren und junge Frauen aus dem »Parkviertel«.

Die meisten Jugendlichen im Gebiet zwischen Schillerpark und Rehberge haben einen Migrationshintergrund, viele ihrer Familien leben von Transferleistungen wie ALG 2, das ist auch bei TOWANDA nicht anders. »Für uns ist das aber keine Kategorie«, sagt Lisa Kleinschroth vom Mädchentreff: »Wenn wir Ausflüge oder Ferienreisen organisieren, dann müssen die so preisgünstig sein, dass auch solche Familien sich das leisten können – ohne vorher besondere Anträge stellen zu müssen.«

Weiterhin berichtet sie: »Viele unserer Mädchen haben selbst Fluchterfahrung oder Eltern mit Fluchterfahrung, deshalb engagieren sie sich jetzt auch für Geflüchtete.« Zusammen mit anderen Mädchenläden aus dem Wedding, dem Deutschen Kinderhilfswerk und der Kreuzberger Sammelstiftung organisierten sie zum Beispiel am 17. Oktober ein großes Fest im Haus der Jugend zum »Weltmädchentag«. Gekommen waren auch viele Mädchen aus den Weddinger Flüchtlingsunterkünften in ehemaligen Schulgebäuden in der Pank- und der Gotenburger Straße. »Viele sprechen ja auch die Sprachen der Geflüchteten, so dass schnell Kontakt entsteht.«



Ch. Eckelt

In Kontakt mit geflüchteten Mädchen kommt TOWANDA aber vor allem über die Schulen: Der Mädchentreff liegt ziemlich genau zwischen der Integrierten Sekundarschule am Schillerpark und dem Lessing-gymnasium, dort werden Geflüchtete in Willkommensklassen (neuerdings heißen sie Kleinklassen) unterrichtet. »Einige kommen dann auch zu uns.« Die Tatsache, dass nur Mädchen Towanda besuchen dürfen, erleichtert die Akzeptanz der Einrichtung bei konservativen Familien ungemein. Geschlechtertrennung ist ja nicht nur im Islam die Regel, sondern auch in vielen anderen Traditionen – auch in Deutschland waren vor noch nicht allzu langer Zeit die Oberschulen grundsätzlich getrennt. »Wir laden ja auch die Mütter ein, hier vorbeizukommen, die sind dann sehr beruhigt, wenn sie sehen, dass sich hier tatsächlich keine Männer oder Jungs aufhalten«, so Kleinschroth. Das heißt aber nicht, dass die Mädchen und jungen Frauen bei TOWANDA konservativ beeinflusst werden – auch nicht im Sinne einer vordefinierten deutschen Leitkultur: »Wenn die Frage »Kopftuch ja oder nein« aufkommt, dann versuchen wir, die Mädchen in ihrer Entscheidung zu stärken, egal ob für oder gegen das Kopftuch. Unser Anliegen ist es, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und nicht sie zu irgendwelchen symbolischen Aktionen zu überreden.« Dieser Ansatz steckt übrigens schon im Namen der Einrichtung: »Towanda« ist ein feministischer Selbstbegründungsanspruch aus dem Film »Grüne Tomaten« (1991), den eine weibliche Hauptfigur immer dann austößt, wenn sie sich nicht mehr alles gefallen lassen will. »Ich habe allerdings auch gehört, das Towanda in einer ostafrikanischen Sprache bedeutet: Zusammensitzen und quatschen. Auch das passt ziemlich gut, finde ich«, meint Lisa Kleinschroth. »Denn

für viele Mädchen, die zu uns kommen, ist der Mädchentreff zunächst einmal ein Freiraum, in dem sie sich entfalten können. Zuhause wohnen sie oft sehr beengt, in der Schule haben sie ständig Jungs um sich herum.«

Direkt unter dem Mädchentreff in der Edinburger Straße 55 befindet sich eine andere Jugendfreizeiteinrichtung, die auch männlichen Kindern und Jugendlichen offensteht. Vor kurzem wurde sie vom Bezirk an die casablanca gGmbH übertragen, ein neues Konzept wird gerade entwickelt. Dabei kooperiert der Träger intensiv mit anderen Einrichtungen im Parkviertel, zum Beispiel dem Paul Gerhardt-Stift. TOWANDA wiederum ist über die »AG Mädchen und junge Frauen im Bezirk Mitte« gut vernetzt, aber auch mit fünf anderen Mädchentreffs im Bezirk, zum Beispiel dem Mädchenstadteiladen CLARA in der Nazarethkirchstraße 40 oder MÄDEA in der Grüntaler Straße 31.

Angesichts der Aufgaben, die vor dieser Stadt und diesem Land stehen, ist es durchaus beruhigend zu wissen, dass solche Netzwerke existieren. Und Menschen, die mindestens zwei Sprachen beherrschen, werden dringend gebraucht. Auch wenn viele Mädchen derzeit ganz andere Berufsvorstellungen haben (»quer durchs Beet« meint Lisa Kleinschroth): In der Integrationsarbeit, die uns bevorsteht, werden wir dringend auch auf selbstbewusste junge Frauen mit interkultureller Kompetenz angewiesen sein. cs

Mädchentreff »TOWANDA«, Edinburger Straße 55, 3. Etage, 13349 Berlin-Wedding
Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag, 13.30–18.30 Uhr, Telefon (030) 32 29 86 37, towanda@g-casablanca.de



Kann das Café Leo bleiben?

Bemerkenswert schnell haben lokale Gremien auf ein Schreiben des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts an den Betreiber des »Café Leo« auf dem Leopoldplatz reagiert. Darin hatte das Amt angekündigt, den Pachtvertrag zum Jahresende kündigen zu müssen. Das Café Leo befindet sich auf einem als Grünfläche gewidmeten Teil des Platzes, normalerweise sind dort solche Nutzungen auch nicht zulässig. Dennoch hatte das Amt dort bislang eine Sondergenehmigung auch auf den Wunsch der Bezirksverordnetenversammlung Mitte erteilt – denn der Betrieb einer alkoholfreien gastronomischen Einrichtung an dieser Stelle gehört zum Grundkonzept für die Umgestaltung des Leopoldplatzes: An diesem Ort versammelte sich nämlich noch vor ein paar Jahren die lokale Trinkerszene. Für sie wurde inzwischen im mittleren Platzteil des Leo ein Aufenthaltsbereich geschaffen. Ohne das »Café Leo« als kulturelle und gastronomische Einrichtung steht jedoch zu befürchten, dass sich die alten Zustände wieder einschleichen. Wir dokumentieren einige Stellungnahmen.

Erklärung der Stadtteilvertretung mensh.müller:

Für den Fortbestand des »Café Leo« auf dem Leopoldplatz

Die Stadtteilvertretung mensh.müller fordert das Bezirksamt Mitte auf, den Fortbestand des von Herrn Hüseyin Ünlü auf dem Leopoldplatz betriebenen »Café Leo« auch über das Jahr 2015 hinaus zu genehmigen, bis eine dauerhafte gastronomische Lösung im Rahmen des Sanierungskonzepts für den Leopoldplatz gefunden ist. Herr Ünlü hat mit dem »Café Leo« einen wesentlichen Beitrag zu einer deutlichen Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem vorderen Leopoldplatz geleistet, indem dieser zuvor problematische Platzbereich nun für eine Vielzahl von Nutzern wieder attraktiv geworden ist. Diese positive Entwicklung darf nicht durch kurzfristige Entscheidungen des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamtes konterkariert werden, welches für die Zeit ab dem 1. Januar 2016 keine weitere Genehmigung für das »Café Leo« erteilen will. Diese Absicht des Straßen- und Grünflächenamtes ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, da ursprünglich im Rahmen des Sanierungsprozesses geplant war, ein Sondernutzungsrecht für das »Café Leo« so lange zu erteilen, bis eine endgültige Lösung gefunden ist.

Bereits im Januar 2014 hatten die Stadtteilvertretung mensh.müller und der Runde Tisch Leopoldplatz Beschlüsse zur Unterstützung und für den Fortbestand des »Café Leo« gefasst. Auch die BVV Mitte ist diesen Forderungen mit einem einstimmigen Beschluss gefolgt. (...)

Berlin-Wedding, 1. Oktober 2015

Beschluss des Runden Tisches Leopoldplatz vom 06.10.2015

Das Café Leo ist ein wichtiger und wesentlicher Baustein zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Leopoldplatz und zur Öffnung des Platzes für alle Nutzergruppen. Er ist ein sozialer Bezugspunkt für eine breite, soziale, generationen- und kulturenübergreifende Mischung der Weddinger Bevölkerung. Besonders in der gegenwärtigen Situation, in der manche Errungenschaften der Bemühungen um eine Stabilisierung des Leopoldplatzes in Frage stehen, wird die regulierende Funktion des Café Leo dringend gebraucht.

Die Versagung der Sondernutzungserlaubnis durch das Straßen- und Grünflächenamt Mitte würde zur Schließung des Café Leo noch in diesem Jahr führen.

Der Runde Tisch sieht das Café Leo auch weiterhin als sein Projekt und erneuert seine Forderung an das Bezirksamt Mitte vom 21.01.2014, das Café Leo zu erhalten mit der Option einer jährlichen Verlängerung.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der SPD zur BVV-Sitzung vom 15. Oktober

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen: Drucksache – 2312/IV: Café Leo nicht über den Jordan

Das Bezirksamt wird ersucht, die Sondernutzungsgenehmigung für das Café Leo auf dem Leopoldplatz über das Jahr 2015 hinaus zu genehmigen, bis eine dauerhafte gastronomische Lösung im Rahmen des Sanierungskonzepts für den Leopoldplatz gefunden ist.

Begründung:

Im September 2015 wurde dem Betreiber des Café Leo mitgeteilt, »dass seitens des Straßen- und Grünflächenamtes als Grundstückseigentümer, keine Genehmigung für die Verlängerung ab 2016 erteilt wird«.

Die BVV hat bereits mit Beschluss der DS 1262/IV (BVV 20.02.2014) das Ziel des Übergangs der jetzigen Café-Lösung in eine Form ständiger Gastronomie bekundet. Da auch weiterhin nicht zu erwarten, dass dies innerhalb des laufenden Jahres 2015 noch erfolgen kann, gilt weiterhin, dass ein für die Menschen als »lebender« Übergang wahrnehmbarer Prozess hin zum angestrebten festen Cafébetriebes nicht gewährleistet ist.

Die BVV sieht – wie auch das Bezirksamt in seiner VzK zur o. g. DS zutreffend ausführt – dass das Café Leo eine soziale Anlaufstelle und damit Teil der jahrelangen Verbesserungen des Leopoldplatzes durch verschiedene Projekte und Aktionen im Rahmen des Programms »Aktive Zentren« ist. Damit ist das Erfordernis gegeben, die Sondernutzungsgenehmigung für das Café Leo auf dem Leopoldplatz über das Jahr 2015 hinaus zu genehmigen, bis eine dauerhafte gastronomische Lösung im Rahmen des Sanierungskonzepts für den Leopoldplatz gefunden ist.

Auch die Stadtteilvertretung Müllerstraße hat sich mit Beschlussfassung vom 01.10.2015 für die Verlängerung der Nutzungsgenehmigung ausgesprochen.



Bürgerbeteiligung – ganz praktisch!

Mehrere Gruppen aus dem Kiez sind dieser Tage dabei, Holzpodeste für den Zeppelinplatz zu bemalen. Die kommen dann auf die Liegewiese, wo man sich auch bei kälterer Witterung auf ihnen niederlassen kann. In unserem Bild sieht man die Pfadfinder der evangelischen Kapernaum-Gemeinde. Aber auch Kitagruppen, Studenten der Beuth-Hochschule, die Bürgerinitiative Brüsseler Kiez und Seniorengruppen sind bei der Aktion dabei. Im Herbst sollen, wenn alles klappt, drei Podeste fertig werden – das Problem ist die kalte Witterung, die in diesem Jahr sehr frühzeitig einsetzte. Im Frühjahr soll es dann weitergehen. Die Studenten der Beuth-Hochschule werden schließlich im Juni, bei der »Langen Nacht der Wissenschaften«, zum Pinsel greifen. Alle Gruppen werden von der Künstlerin Bärbel Rothaar betreut. Die Landschaftsarchitektin für die Umgestaltung des Zeppelinplatzes, Birgit Teichmann, hat diese Form der aktiven Bürgerbeteiligung angeregt. Die gesamte Maßnahme wird aus den Fördermitteln des Bundes-Länderprogrammes »Aktive Zentren« finanziert.

Subbotnik für saubere Spielplätze!

In einem über das Quartiersmanagement Pankstraße geförderten Projekt sollen in diesem Herbst drei Spielplätze von Freiwilligen gründlich gesäubert werden. Organisiert wird die Aktion vom Gemeinschaftsgarten himmelbeet. Jeder ist herzlich willkommen und eingeladen mit anzupacken: Aufräumen, aussortieren, umgraben, ausfegen, abwischen – die Spielplätze also wieder kindertauglich und müllfrei zu machen, so dass man sich dort auch wohlfühlt. Das Ganze soll auch noch Spaß machen, so verspricht himmelbeet,

außerdem gibt es zwischendurch auch eine Stärkung für alle Helfer. Folgende Spielplätze kommen an die Reihe:

Samstag, 24. Oktober, 14–17 Uhr: Spielplatz Malplaquetstraße (Ecke Utrechter)

Samstag, 31. Oktober, 14–17 Uhr: Spielplatz Kolberger Straße

Samstag, 7. November, 14–17 Uhr: Spielplatz Gerichtstraße (am Stadtbad)

Integrationspreis 2015 ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000 € für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Bis 15.11.2015 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden. Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohner/innen mit Wohnsitz in Berlin. Hauptkriterien für die Vergabe sind »integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, die Originalität der Idee, die mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität«. Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises erfolgt Ende 2015. Vorschläge bitte an das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin. Weitere Informationen unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/aktuelles-und-wissenswertes sowie beim Büro der BVV Mitte von Berlin, Telefon 901 82 45 51

Gebietsfonds 2016

Abgabefrist 29. November 2015 – jetzt bewerben!

Wie in den vergangenen Jahren können Projekte im Aktiven Zentrum Müllerstraße finanziell wieder mit maximal 50% der anfallenden Kosten gefördert werden. Dafür stehen auch 2016 wieder Fördergelder von insgesamt 20.000 Euro im »Gebietsfonds« zur Verfügung. Damit sollen private Akteure dazu ermutigt werden, sich am Entwicklungsprozess an der Müllerstraße beteiligen. Angesprochen sind insbesondere Gewerbetreibende, aber auch Hauseigentümer, soziale Einrichtungen und Initiativen im Gebiet. Erwartet werden positive Effekte für das Aktive Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße – und wenn sich diese auch positiv auf die Unternehmen auswirken: Umso besser! Gefördert werden können zum Beispiel besondere Aktionen, kleine Feste und Schauferstergestaltungen mit anderen Gewerbetreibenden oder sozialen Einrichtungen. Möglich ist aber auch eine finanzielle Unterstützung bei Baumaßnahmen wie etwa zur Schaffung barrierefreier Zugänge, bei der Erstellung von Konzepten zur Energieeinsparung und bei der Organisation gemeinsamer Lesungen, Konzerte oder auch fachbezogener Workshops. Für die Müllerstraße soll dabei werbewirksam und zielgruppenorientiert geworben und der öffentliche Raum aufgewertet werden.

Die Anträge können bis zum 29. November abgegeben werden. Die Projekte müssen bis Anfang Dezember 2016 umgesetzt worden sein, damit sie noch im kommenden Haushaltsjahr abgerechnet werden können. Mindestens die Hälfte der Projektkosten müssen aus finanziellen Eigenmitteln (u.a. Spenden, Verkaufserlöse oder Sachkostenunterstützung) erbracht und nachgewiesen werden. Über die Vergabe der Mittel entscheidet eine Jury aus Vertretern der Stadtteilvertretung mensh.müller, der StandortGemeinschaft Müllerstraße und des Bezirksamtes.

Ein Antragsformular findet man auf der Website des Aktiven Zentrums Müllerstraße www.muellerstrasse-aktiv.de oder in Papierform bei René Plessow in der Sanierungsverwaltungsstelle im Rathaus Wedding, Müllerstraße 146, Raum-Nr. 158.

Der Gebietsfonds wird durch das Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße betreut: Frau Isenberg-Holm, Herr Pichierri, Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin w.pichierri@planergemeinschaft.de Telefon 88 59 14 32



Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- - - Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- - - Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer, Frederik Sommer
(030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierrri
w.pichierrri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Sabine Schmidt, Walter Frey, Peter Arndt
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im Monat, 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz
Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
(030) 28 30 23 15
teamleo@gangway.de
Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz
Thomas Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de